

In der Todeszone

Umwelt Zu viel Dünger, gefährlicher Feinstaub: Umweltministerin Barbara Hendricks hält Stickstoff für ein erhebliches Gesundheitsrisiko. Trotzdem wird sie von ihren Kabinettskollegen ausgebremst.



MARTIN WAGNER / IMAGO

Miststreuer in Sachsen-Anhalt: „Keine Rebhühner, keine Fasane, keine Kiebitze mehr“

Das Taunusstädtchen Bad Homburg gilt als einer der wohlhabendsten und gesündesten Flecken der Republik. Die Einkommen liegen weit über dem Bundesschnitt. Und die zahlreichen Kurangebote, lobt die Stadtverwaltung, böten viele Möglichkeiten, auf das „Wohlbefinden zu achten“ und „frische Kräfte zu tanken“.

In Wahrheit hat sich der Gesundheitszustand gerade der jüngsten Einwohner des Villenvororts in mancher Hinsicht besorgniserregend verschlechtert, wie Barbara Mühlfeld feststellt, eine der erfahrensten Kinderärztinnen der Stadt. „Die Zahl der Kinder, die unter Asthma leiden, ist in den letzten 20 Jahren stark gestiegen“, sagt sie. Bei älteren Kindern werde Pseudokrupp zunehmend zum Problem. Vor 20 Jahren hätten in der Regel nur kleine Kinder den beklemmenden Husten bekommen, heute erkrankten oft auch Sieben- und Achtjährige daran.

Auslöser, glaubt Mühlfeld, könnten nicht zuletzt Feinstaub und Stickstoffdioxid sein. „Wir hatten diese Problematik lange nicht auf dem Schirm“, sagt sie. Nun müsse die Debatte „mit ähnlicher Leidenschaft geführt werden wie die Diskussion über das Rauchen“.

Wenn es nach Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) geht, soll die Debatte möglichst rasch in Gang kommen. Ein interner Bericht ihrer Behörde zählt auf, wie gefährlich der viele Stickstoff ist, der aus den Auspuffrohren von Autos oder den Düngemaschinen der Bauern in die Luft, den Boden und das Trinkwasser dringt.

Dabei ist Stickstoff wie Kohlenstoff und Wasser ein natürlicher Baustoff des Lebens. Zum Problem wird er aber, wenn seine Verbindungen überdosiert auftreten. Und genau das ist an vielen Orten der Fall, wie Hendricks' Beamte aufgelistet haben.

So wird an Hunderten Grundwassermessstellen in der Republik der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter überschritten. Die Stickstoffverbindung Ammoniak trägt zur Bildung von Feinstaub bei, dieser kann nach Angaben des Hendricks-Berichts zu 41000 vorzeitigen Sterbefällen im Jahr führen. Das Stickstoffdioxid Lachgas trägt 265-mal so viel zum Klimawandel bei wie CO₂. Und schließlich entstünden durch den Stickstoffüberschuss in Flüssen und Seen „sauerstofffreie Todeszonen“, wie es in dem Report heißt. Die Artenvielfalt sei dort „auf lange Zeit erheblich beeinträchtigt“.

Die Bundesregierung steht unter Druck. Weil das Problem in Deutschland lange verdrängt wurde, hat die EU-Kommission vor knapp einem Jahr ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Auch die OECD konstatiert in einem aktuellen Bericht, der Stickstoffkreislauf habe sich seit Beginn der Industrialisierung gravierend verändert – zum Nachteil der Menschen.

Hendricks' Beamte sind derselben Auffassung. Doch in ihrem Bericht ist von konkreten Gegenstrategien oder gar einem Aktionsprogramm, wie es ursprünglich angekündigt war, nicht mehr die Rede. Der Grund: Die Häuser ihrer Kabinettskollegen Alexander Dobrindt (Verkehr), Christian Schmidt (Landwirtschaft) und Brigitte Zypries (Wirtschaft) wehren sich, befeuert von Agrar- und Industrielobby, gegen Zielvereinbarungen und Auflagen.

Wie sehr die Stickstoffverbindungen die Gesundheit der Bürger gefährden, weiß kaum einer besser als David Groneberg, 43, Professor für Arbeits- und Umweltmedizin an der Universität Frankfurt. „Stickstoffdioxid ist ein Giftgas“, erklärt er und verweist auf eine Studie aus dem Jahr 2003. Sie habe gezeigt, dass Ratten bei hoher Konzentration die chronische Lungenerkrankung COPD entwickeln – bekannt als Raucherlunge.

Aufschlussreich findet Groneberg auch eine Studie aus Kalifornien: Dort haben Forscher acht Jahre lang 747 Kinder regelmäßig untersucht. Das Ergebnis: Das Lungenvolumen der Kinder aus Regionen mit hohen Schadstoffbelastungen war geringer als bei gleichaltrigen Kindern aus anderen Regionen. Die Mischung aus Stickstoffdioxid und Feinstaub hemmte die Lungentwicklung signifikant.

Doch obwohl die Studie aus dem Jahr 2004 stammt, hat die deutsche Autoindustrie jede Grenzwertverschärfung in Brüssel nach Kräften hintertrieben. Die heutigen Vorgaben seien deshalb viel zu milde, findet Groneberg. Er will mehr – und fordert ein Innenstadterbot für alte Dieselfahrzeuge, wie es jüngst in Stuttgart verhängt wurde.

Neben dem Verkehr ist vor allem die Landwirtschaft schuld an der Problematik. Zum Beispiel in Klüden, einem kleinen Dorf im Norden Sachsen-Anhalts. Leicht gewelltes Land, so weit das Auge reicht. Aber es stinkt. Nach Mist, nach Gülle, nach den Folgen moderner Massentierhaltung. Tankwagen durchkreuzen die Region, sie kommen aus Niedersachsen, aus

Nordrhein-Westfalen und nicht selten sogar aus den Niederlanden. Denn dort ist der Platz knapp, das Jaucheaufkommen groß und das Gesetz streng. „Wirtschaftsdünger“ nennt sich die Fracht in nüchternem Amtsdeutsch.

Tatsächlich ist die Region zu einer Art Gülleklo verkommen, wie die Rentner Heinrich Aderholz, 75, und Erwin Schoof, 76, nachweisen können. Aderholz war Bauingenieur, Schoof Lehrer, nun sind sie im Ruhestand. Schon vor Jahren waren ihnen Güllefrachter auf dem Mittellandkanal aufgefallen. Die beiden scharten Gesinnungsgenossen um sich und begannen, sich gegen die giftigen Fluten zu wehren.

Sie wateten mit Messröhrchen durch die Jauche, sie sammelten Unterschriften und reisten zum Landwirtschaftsminister nach Magdeburg. An der Messstelle im nahen Uthmöden fanden sich im Jahr 2013 536 Milligramm Nitrat pro Liter im Grundwasser, mehr als das Zehnfache des zulässigen Grenzwerts. „Früher haben wir hier die Wachteleier aus den Nestern geholt“, sagt Schoof, „heute gibt es auf den Feldern keine Rebhühner, keine Fasane, keine Kiebitze mehr.“ Statt Roggen, der verdirbt, wenn er zu viel Stickstoff bekommt, werden heute Raps und Mais ausgesät, stickstoffunempfindliche Energiepflanzen.

Auch die Gewinnung von Trinkwasser wird zunehmend zum Problem, wie der Bericht des Umweltministeriums ausweist. Immer schwieriger werde es, die Grenz-

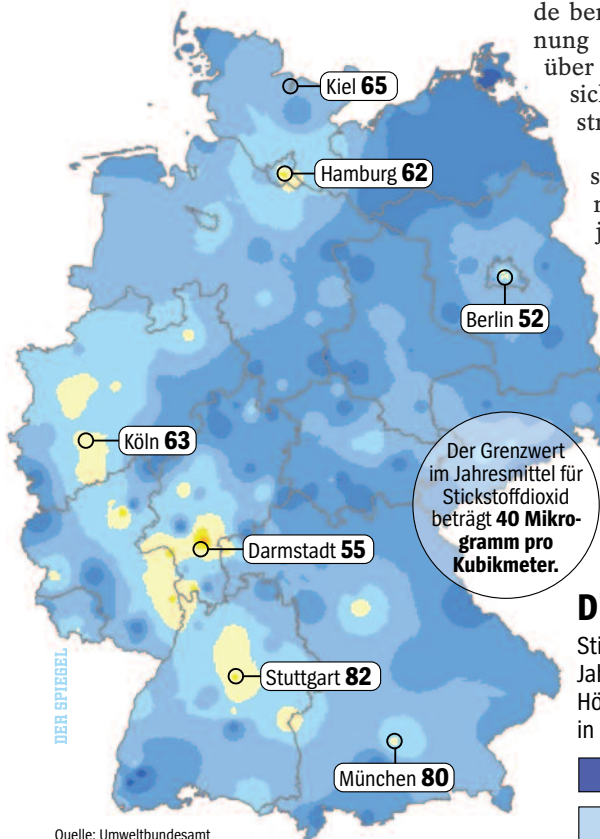
werte einzuhalten. Bislang werde belastetes Wasser mit sauberem Wasser vermischt, sodass die Vorgaben eingehalten würden, sagt Michael Dickgreber, 58, Geschäftsführer eines Unternehmens für Wassertechnik. Doch dieses Verfahren werde auf Dauer nicht ausreichen. „Aufbereitungsanlagen wären eine große Investition für die Wasserwerke“, sagt Dickgreber und mahnt schon mal „politischen Rückhalt“ an.

Der könnte auf sich warten lassen. Ministerin Hendricks musste ihre Pläne für eine „nationale Stickstoffstrategie“ bereits abspecken. Vor einem Jahr hatte sie vorgeschlagen, nach dem Vorbild der CO₂-Einsparziele eine „nationale Zielgröße“ für den Stickstoffausstoß zu vereinbaren. Der Plan scheiterte am Widerstand von Wirtschafts-, Agrar- und Verkehrsministerium. Einschlägige Interessenverbände hatten mobil gemacht: Der Bundesverband der Deutschen Industrie warnte vor Wettbewerbsnachteilen, der Bauernverband wehrte sich gegen Hendricks' Forderung, den Ökolandbau stärker zu fördern.

Nun verzichtet Hendricks vorerst auf konkrete Vorgaben. Aber selbst den vorliegenden, weichgespülten Plan wollen ihre Widersacher blockieren – und sind bei der Wahl der Mittel nicht zimperlich. „Das Umweltministerium hat das Vorhaben Stickstoffstrategie aufgegeben“, lässt Verkehrsminister Alexander Dobrindt mitteilen. Das ist falsch. Diplomatischer heißt es deshalb im Agrarressort, das Hauptproblem, die Nitratbelastung durch Gülle, werde bereits durch die neue Düngerverordnung abgemildert. An der Abstimmung über „verbliebene offene Punkte“ werde sich das Ministerium „weiterhin konstruktiv beteiligen“.

Nun setzt Hendricks darauf, dass sich ihre Gegner von einem Argument überzeugen lassen, dem sie von jeher besonderes Gewicht beimessen: der Wirtschaftlichkeit. Die Kosten des Stickstoffeinsatzes würden EU-weit auf 70 bis 320 Milliarden Euro pro Jahr beziffert, heißt es in dem Hendricks-Report. Wenn es so weitergehe, würden die Folgekosten irgendwann den ökonomischen Nutzen überwiegen.

Valerie Höhne,
Horand Knaup, Christoph Schult



Quelle: Umweltbundesamt

Dicke Luft

Stickstoffdioxid-Belastung im Jahresdurchschnitt 2016 und lokale Höchstwerte in ausgewählten Städten; in Mikrogramm pro Kubikmeter

